

SCHULDENBREMSENREFORMKOMMISSION DROHT ZU SCHEITERN – DIE UNION BLOCKIERT VERLÄSSLICHE REGELN

*Autor*innenpapier von Katharina Dröge und Dr. Sebastian Schäfer*

6. Juli 2026

Die Schuldenbremsenreformkommission steht vor einem Scheitern. Das wäre ein ernstes Problem für die Handlungsfähigkeit des Staates. Denn die zentrale Frage bleibt ungelöst: Wie finanzieren wir dauerhaft die Infrastruktur, Sicherheit und Zukunftsaufgaben, die dieses Land braucht, ohne Transparenz über Staatsfinanzen und demokratische Kontrolle über Prioritäten und Ausgaben zu verlieren?

Gerade die Union trägt dafür besondere Verantwortung. Über Monate und Jahre hat sie vor der letzten Bundestagswahl gepredigt, neue Schulden seien grundsätzlich falsch. Jetzt finanziert die von Friedrich Merz geführte Bundesregierung den Großteil der Verteidigungsausgaben über Schulden, während sie gleichzeitig eine echte Reform für Investitionen und klare Fiskalregeln blockiert.

In der Debatte wird oft so getan, als sei der Rotstift der eigentliche Hebel. Wenn der Staat nur konsequent kürze, werde alles effizienter, schneller und besser. Das ist eine gefährliche Erzählung. Denn ohne die gezielte Investition von Geld wird die Bahn nicht pünktlicher, werden Brücken nicht saniert, findet keine Klimaanpassung in Kommunen und Unternehmen statt und wird die Energiewende nicht zum Erfolg geführt. Aber auch Geld allein baut keine Brücken. Dafür braucht es Ingenieurinnen, Elektriker, Planerinnen, Bauarbeiter, Unternehmen mit freien Kapazitäten, funktionierende Verfahren und handlungsfähige Verwaltungen.

Genau hier liegt der Kern: Kapazitäten entstehen durch Verlässlichkeit. Wenn der Staat langfristig in Infrastruktur investiert, reagieren Wirtschaft und Verwaltung. Unternehmen stellen Personal ein, Ausbildungsplätze entstehen, Planungsbüros wachsen, Kommunen bauen Kompetenzen auf. Wer dagegen eine Kürzungsdebatte nach der anderen führt, beschleunigt kein Verfahren, sondern zerstört Planungssicherheit. Niemand bildet zusätzliche Fachkräfte aus oder investiert in den Standort, wenn unklar ist, ob Aufträge in zwei Jahren noch auf den Weg gebracht werden.

Deshalb braucht es eine langfristige Absicherung der Infrastrukturfinanzierung. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität muss in eine dauerhaft verlässliche Finanzierungsarchitektur überführt werden. Andere Länder wie Österreich oder die Schweiz zeigen, dass Infrastrukturinvestitionen über viele Jahre abgesichert werden können. Solche Investitionen schaffen Wachstum, erhöhen Produktivität und stärken so langfristig auch öffentliche Einnahmen. Der entscheidende



Punkt einer Reform der Schuldenbremse ist, dass Zukunftsinvestitionen von den engen Kreditregeln der Schuldenbremse ausgenommen werden. Mehr noch: Wir brauchen eine Mindestinvestitionsquote für Zukunftsinvestitionen. Nur dann gelingt der dauerhafte Erhalt von Infrastruktur, Sicherheit und Klimaschutz und nur damit können wir wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad kommen. Technisch gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie sich Zukunftsinvestitionen definieren lassen: Anhand der Funktionen von Ausgaben (Bofinger 2025), anhand eines Konzepts wie der Zukunftsquote (ZEW 2026) oder anhand von produktiven Ausgaben (Dezernat 2026). Diese Definition sollte so ausgestaltet sein, dass sie parlamentarisch kontrolliert und bei Verstößen sanktioniert werden kann. Zukunftsinvestitionen müssen insbesondere stärker nach ihrer ökologischen Tragfähigkeit als Teil von Generationengerechtigkeit bewertet und priorisiert werden.

Zugleich braucht es klare Kriterien, damit zusätzliches, schuldenfinanziertes Geld tatsächlich in zusätzliche Investitionen fließt. Beim Umgang der Bundesregierung mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zeigt sich, dass weniger zusätzliche Infrastruktur und damit weniger Wachstum entsteht, als möglich und nötig wäre. Eine verzerrende Berechnung mit unterschiedlichem Zähler und Nenner und eine Umsetzung der Investitionsquote im Bundeshaushalt in Höhe von zehn Prozent allein bei der Aufstellung des Haushalts (und nicht beim Vollzug) wird selbst vom BMF-eigenen Innovations- und Investitionsbeirat kritisiert. Zudem müssen Fiskalregeln Handlungsfähigkeit in Krisen garantieren. Wer in die Krise hineinspart, verschärft sie nur. Das Regelwerk muss also ausreichend Spielraum bieten, um auf externe Schocks zu reagieren, wirtschaftliche Abschwünge abzufedern oder notwendige öffentliche Investitionen auch in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten.

Die Reform der Schuldenbremse darf sich aber nicht nur auf diese Leitplanken konzentrieren. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, hybride Kriegsführung gegen Europa und die unklare künftige Rolle der USA verlangen eine handlungsfähige Bundeswehr und resiliente Sicherheitsstrukturen. Deshalb war es richtig, die Schuldenregeln für Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben für die nächsten Jahre zu lockern. Die Bereichsausnahme schafft Spielraum, um auf eine veränderte geopolitische Lage zu reagieren. Aber sie darf nicht zum dauerhaften Blankoscheck werden. Verteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates. Sie darf auf Dauer keinen Sonderstatus erhalten, der sie politisch und haushalterisch aus der normalen Prioritätensetzung und der Schuldenbremse herauslöst. Während in anderen Politikbereichen um jeden Euro gerungen wird, können Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts kreditfinanziert werden. Das verzerrt massiv Anreize, und birgt die Gefahr, dass sich eine Ausgabenlogik verselbstständigt, ohne dass am Ende die Fähigkeiten entstehen, um die es eigentlich geht. Ganz konkret werden im Jahr 2026 auf diesem Weg rund 58 Milliarden Euro für Verteidigung und Sicherheit schuldenfinanziert. Bis 2030 steigt dieser Betrag laut Planung auf rund 147 Milliarden Euro. Im Klartext heißt das: Mehr als 70% der neuen Schulden im Jahr 2030 entfallen nur auf Verteidigung und Sicherheit.



Genau deshalb ist die Haltung der Union so widersprüchlich: Bei Bildung, Bahn, Brücken und Klimaschutz pocht sie auf Haushaltsdisziplin. Bei Verteidigung akzeptiert sie faktisch unbegrenzte Verschuldung. Wer so handelt, verteidigt nicht die Schuldenbremse, sondern nutzt sie selektiv als politisches Machtinstrument.

Schulden sind kein Ersatz für Prioritäten. Verschuldung ist dann gerechtfertigt, wenn sie künftige Produktivität schafft oder zentrale Grundlagen unseres Wohlstands schützt. Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz, Innovation und Resilienz gehören deshalb ins Zentrum moderner Finanzpolitik. Verteidigungsausgaben sind in dieser veränderten Sicherheitslage notwendig. Sie erhöhen aber nicht automatisch die Produktivität einer Volkswirtschaft wie bessere Schienenwege, digitale Verwaltung oder gut ausgestattete Schulen. Deshalb dürfen schuldenfinanzierte Verteidigungsausgaben nur ein temporäres Instrument bleiben.

Eine echte Reform der Schuldenbremse müsste daher vor allem zwei Dinge leisten: Sie muss Infrastrukturfinanzierung und wachstumsstärkende Zukunftsausgaben dauerhaft möglich und planbar machen. Und sie muss die kreditfinanzierte Bereichsausnahme für Verteidigung begrenzen. Zusätzlich muss eine antizyklische Wirkung gewährleistet werden und eine Orientierung an realwirtschaftlichen Kapazitäten erfolgen – d.h. die Fragen nach Ausbildung und Einwanderung von Fachkräften, Schutz vor Klimarisiken, Rohstoffsicherung, schnellere Genehmigungen und digitale Verwaltung müssen von Anfang an Teil guter Haushaltspolitik sein. Bei jedem großen Programm muss die Frage lauten: Was braucht es zusätzlich zum Geld, damit es tatsächlich wirkt?

Wenn die Schuldenbremsenreformkommission scheitert, bleibt Deutschland in einer schlechten Übergangssituation stecken: zu wenig Verlässlichkeit für Zukunftsinvestitionen und Infrastrukturfinanzierung, spätestens nach Auslaufen des Sondervermögens, und ein wachsender, schuldenfinanzierter Sonderstatus für Verteidigungsausgaben. Das wäre weder solide noch generationengerecht.

Solide Finanzpolitik bedeutet nicht, die Realität kleinzurechnen. Es geht darum, Regeln so zu gestalten, dass der Staat klug investieren, Krisen bewältigen und Prioritäten demokratisch entscheiden kann.

